

Friedrich, Otto A.

Article — Digitized Version

Ein volles Durchstarten ist noch verfrüht

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Friedrich, Otto A. (1972) : Ein volles Durchstarten ist noch verfrüht, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 1, pp. 21-23

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134349>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ein volles Durchstarten ist noch verfrüht

Interview mit Dr. Otto A. Friedrich, Präsident des BDA, Köln

Herr Dr. Friedrich, der Zehner-Club hat sich in Washington auf neue Wechselkursrelationen geeinigt. Halten Sie dieses Realignement für realistisch?

Ich würde sagen, daß es für denn Augenblick ein annähernd realistisch Realignment ist, obwohl naturgemäß eine wirklich reale Basis nur hätte gefunden werden können, wenn vorher alle Währungen sauber gefloatet hätten und sich echte Kurse aus Nachfrage und Angebot gebildet hätten. Aber ich glaube doch, daß unter Berücksichtigung aller Umstände – also auch der wirtschaftspolitischen Interessen der verschiedenen Länder – etwas gefunden worden ist, was Gewähr für eine gewisse Zeit bietet.

Vom Realignement am meisten betroffen

Würden Sie sagen, daß es bei diesem Realignement Gewinner und Verlierer gab?

Natürlich sind die Japaner und Deutschen am meisten von dieser Änderung betroffen. Aber schließlich muß man bedenken, daß die Regelung eine Verbesserung gegenüber dem Zustand bedeutet, der sich unter den flexiblen Wechselkursen herausgebildet hatte. Die deutsche Aufwertung beträgt nun im gewogenen Durchschnitt von 15 verschiedenen Währungen 4,8% und vor dem bei freien Wechsel-

kursen 6 bis 6,5%. Vor allen Dingen ist in der Relation der Mark zum Franc mit einer Aufwertung von 4,61% ein Ziel erreicht worden, das etwa bei den 5% liegt, die der deutschen Industrie als äußerste Grenze erschienen. Ich weiß aus vielen Kreisen der Industrie, beispielsweise der Stahlindustrie, daß diese Relation für noch wichtiger gehalten wurde als das Verhältnis zum Dollar.

Glauben Sie, daß die Washingtoner Beschlüsse auch langfristig Währungskrisen vermeiden helfen?

Ich bin nicht der Ansicht, daß schon durch diese Beschlüsse langfristig Währungskrisen vermieden werden können. Es ist damit ja keine wirkliche Ordnung geschaffen worden, die verhindert, daß sich die Kurse bei unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Gestaltung der Verhältnisse in den einzelnen Ländern wieder voneinander fortentwickeln. Ich glaube, es muß noch sehr viel mehr geschehen in bezug auf eine Neuordnung des gesamten Währungssystems.

An der außenwirtschaftlichen Flanke ist durch die Washingtoner Beschlüsse etwas Ruhe eingetreten. Wird sich diese Ruhe positiv auf die Konjunkturlage in der Bundesrepublik auswirken?

Ja, die bloße Tatsache, daß wieder sicherer kalkuliert wer-

den kann, ermöglicht es der Industrie und dem Dienstleistungsgewerbe, sich besser auf die gegenwärtige konjunkturelle Lage einzustellen. Die Wirtschaft kann kritische Situationen am besten bewältigen, wenn sie auf sicherem Boden steht. Dagegen ist es gefährlich, wenn Ihre Grundlagen unsicher werden und sie gewissermaßen auf Sand bauen soll.

Gefahr einer echten Rezession

Befürchten Sie, daß wir in eine Rezession abrutschen werden?

Ich habe seit langem – mindestens seit 1969 – gefürchtet, daß wir allmählich in eine größere Weltkrise hineinschliddern könnten, weil die Euphorie, von der die technologische Entwicklung und die sich daraus ableitende unentwegte Zunahme der Investitionen begleitet waren, die Vorstellung hat aufkommen lassen, daß wir eine Art Perpetuum Mobile besitzen. Eine derartige Wahnvorstellung endet aber stets, wenn die Finanzierung der Investitionen nicht mehr gesichert ist. Anzeichen dafür wurden bereits 1969 sichtbar – was mit der politischen Konstellation gar nichts zu tun hatte – und führten dann zu der allgemeinen Währungskrise. Nun bestand wirklich die große Gefahr, daß die einzelnen Länder, wie es die Beispiele Amerika und Dänemark zeigen, zu

protektionistischen Selbsthilfe- und Abwehraktionen griffen, was zu einer allmählichen Schrumpfung des Welthandels geführt hätte.

Heute habe ich aber den Eindruck, daß Nixon gerade noch im richtigen Augenblick im eigenen Land gehandelt hat und daß durch die Empfindlichkeit, mit der die Regierungen der anderen großen Industrienationen, insbesondere auch die deutsche, darauf reagiert haben, diese unmittelbaren Gefahren zunächst einmal gebannt wurden. Ich bin also zuversichtlich in bezug auf die allgemeine von der Weltwirtschaft bestimmte Konjunktur.

... und in bezug auf die Binnenkonjunktur?

In Deutschland halte ich immer noch Gefahren für gegeben. In der Kosteninflation, die ja hauptsächlich eine Lohnkosteninflation ist und die in Verbindung mit der Aufwertung zu Ertragsschmälerungen führt, und in der damit verbundenen Zurückhaltung in der Investitionstätigkeit liegen natürlich Keime einer echten Rezession.

Aber man muß naturgemäß stark zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen differenzieren. Wenn man allein nur die Industrie in Betracht zieht, findet man sehr große Unterschiede zwischen den Grundstoffindustrien, wie Stahl und Kohle, und den Investitions- oder den Verbrauchsgüterindustrien. Und auch die einzelnen Firmen sind sehr unterschiedlich betroffen. Nun bin ich nicht der Ansicht, daß man das als Fatum hinzunehmen braucht; denn es ist ja auch Aufgabe der Unternehmer selbst, Hand anzulegen und das zu tun, was erforderlich ist, um eine Rezession, die niemand wünscht, hintanzuhalten.

Sollte die Bundesregierung jetzt schon mit einer entsprechenden Konjunkturpolitik dazu

beitragen, oder sollte sie sich weiterhin zurückhalten?

Das ist eine sehr wichtige Frage. Nach meiner Ansicht würde zunächst in jedem Falle eine auflockernde Kreditpolitik, wie sie ja durch den Zentralbankratsbeschuß vom 22. Dezember eingeleitet worden ist, sehr zu begrüßen sein. Ein volles „Durchstarten“, wie das so schön genannt wird, d. h. also die Einsetzung des Eventualhaushaltes oder gar die Rückzahlung des Konjunkturzuschlages, würde ich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht für richtig halten. Denn noch haben die autonomen Partner in der Tarifpolitik nicht zu den Grenzen zurückgefunden, die dem Produktivitätswachstum entsprechen.

In dem Moment, in dem die Kostenentwicklung sich wieder dem Wirtschafts- und Produktivitätswachstum annähert und die Auswirkungen der Investitionszurückhaltung fühlbar werden und die Arbeitslosenzahlen oder die Kurzarbeit weiter steigen, sind die Voraussetzungen für ein Eingreifen des Staates gegeben.

Gegenwärtige Lohnerhöhungen sind zu hoch

Sind Sie hinsichtlich der Kostenentwicklung optimistisch?

Optimistisch kann man nicht sein. Der Metallkonflikt ist zwar insofern glücklich beendet worden, als es zu einer echten Einigung der Tarifpartner gekommen ist, ohne daß letzten Endes ein Schlichter den Ausschlag gegeben hat oder daß etwa politisch eingegriffen worden ist. Aber letztlich ist mit der Lohnerhöhung von 7,5% ein Signal für das Jahr 1972 gesetzt worden. Derartige Lohnerhöhungen sind jedoch im Vergleich mit dem Produktivitätswachstum von 3 bis 4% zu hoch und werden ihre entsprechenden Auswirkungen auf Preise und Erträge haben. Das sind also noch

keine Ergebnisse, die einen zum Optimismus ermutigen können. Die Forderungen, die neuerdings im öffentlichen Dienst gestellt werden, tendieren in dieselbe Richtung. Bei uns muß sich endlich die Erkenntnis durchsetzen, daß wir in der weltwirtschaftlichen Auseinandersetzung nur bestehen können, wenn wir im eigenen Hause die Voraussetzungen dafür schaffen, um wirtschaftlich leistungsstark zu bleiben oder wieder zu werden.

Fehlen derartige Voraussetzungen auch im gesellschaftspolitischen Bereich?

Ja, auch hier bin ich der Auffassung, daß wesentlich mehr Ruhe und Sicherheit einkehren muß. Nach meiner Meinung wird heute von den Politikern weitgehend verkannt, daß die ununterbrochene Erörterung von neuen gesellschaftspolitischen Konzeptionen die Wirtschaft verunsichert. Denken sie nur an die vermögenspolitische Diskussion über Zwangsabgaben aus dem Gewinn oder einen gesetzlichen Investivlohn und andere Vorschläge. Ich habe den Eindruck, daß auch der Bundeskanzler und andere Regierungsmitglieder, die selbst Politiker sind und es infolgedessen für natürlich halten, daß derartige Probleme nach den verschiedensten Richtungen ausdiskutiert werden, übersehen, daß diese ewige Diskussion für die Wirtschaft eine ständige Quelle der Unsicherheit für ihre Entscheidungen bildet, vor allem, wenn sie Investitionen und langfristige Dispositionen betreffen.

Finanzierung der Reformen aus dem Wachstum

Sind aber diese Diskussionen nicht notwendig, um die Alternativen abzuklären?

Natürlich sind Diskussionen notwendig. Aber es ist ein Unterschied, ob ununterbrochen darüber diskutiert wird, daß ungefähr alles und jedes in der

Bundesrepublik reformiert werden müsse, als sei die Grundlage dieses Systems völlig problematisch geworden, oder ob man von weiteren sozialen Fortschritten innerhalb der an sich dynamischen Marktwirtschaft spricht. Man kann ja nicht leugnen, daß in den Jahren 1950 bis 1960, aber auch in den 60er Jahren, unentwegt gesellschaftspolitische und sozialpolitische Weiterentwicklungen stattgefunden haben, ohne daß man sie mit dem Begriff der Reform ausgestattet hat. Sie waren und sind einfach Teil dieser Wirtschaftsordnung. Sonst würde sie keinen Rückhalt in der Bevölkerung finden und würde nicht als eine wirklich produktive Ordnung angesehen werden. Deshalb kann man nicht dauernd von Reformen eines „Systems“ reden, das sozusagen erstarrt wäre.

Besonders negativ war die Reaktion der Wirtschaft auf die Steuerreformpläne des SPD-Parteitag. Sind aber nicht Steuererhöhungen unausweichlich, um Reformvorhaben auf dem Gebiete des Bildungswesens, des Umweltschutzes usw. durchzuführen?

Daß diese Dinge bewältigt werden müssen, steht außer Frage. Mit der Wirtschaft sind seit 1950 auch die Gemeinschaftsaufgaben unentwegt angewachsen. Sie konnten aber aus dem Wachstum selbst be-

wältigt werden, ohne daß man laufend die Steuersätze hätte erhöhen müssen. Wir müssen auch in Zukunft darauf vertrauen, daß die erforderlichen Mittel in erster Linie aus dem Wachstum der Wirtschaft hervorgebracht werden. Weiterhin bin ich der Auffassung, daß es nicht der einzige und auch nicht der glücklichste Weg ist, Gemeinschaftsaufgaben wie den Umweltschutz, die Verkehrsanlagen, das Bildungswesen und andere Infrastrukturprobleme primär aus höheren Steuersätzen zu bewältigen. Man sollte vielmehr daran denken, eine vernünftige langfristige Staatsverschuldung zu betreiben, denn es sind ja Aufgaben, die nicht nur einer Generation, sondern auch den kommenden Generationen zugute kommen und infolgedessen auch von ihnen mitgetragen werden sollten. Die Bundesrepublik ist im Verhältnis zu anderen Ländern nicht so stark verschuldet, daß man das nicht riskieren könnte, wenn die konjunkturelle Lage es erlaubt.

Vermögenspolitik und Gemeinschaftsaufgaben koppeln

Risikert man aber nicht bei dieser Form der Finanzierung negative Auswirkungen auf die Preisstabilität?

Warum eigentlich? Wenn der Staat über den Markt Darlehen bei der Bevölkerung aufnimmt,

so entzieht er dem Markt Geld, das sonst in den Verbrauch oder in andere weniger wichtige Investitionen fließen würde. Es wird also nicht die Menge des Geldes vermehrt, deren Höhe letztlich entscheidend ist für einen inflatorischen Preisauftrieb. Ich würde sagen, hier greifen zwei Dinge ineinander. Auf der einen Seite besteht ein echtes Bedürfnis, die Vermögensbildung zu verbreitern. Es ist ein politischer Humbug, sie ausschließlich auf das Produktivkapital abzustellen. Die große Masse der Bevölkerung ist nicht so sehr an Wertpapieren interessiert, die großen Börsen- und Ertragsschwankungen ausgesetzt sind, sondern mehr an soliden, festverzinslichen Anlagen. Und hier sollte man ansetzen. Man könnte für Schichten mit bescheideneren Einkommen bei staatlichen Obligationen steuerliche Begünstigungen einbauen. Die sich heute in Milliardenbeträgen bildenden Ersparnisse aus vermögenswirksamen Leistungen, die langfristig anzulegen sind, bilden ein großes Reservoir, um die staatlichen Aufgaben zu finanzieren. Man sollte also diese beiden Dinge – breitere Vermögensbildung und Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben – miteinander verbinden – übrigens ein Gedankengang, der auch von Bundeskanzler Brandt mir gegenüber einmal aufgeworfen wurde.

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

Jahresbezugspreis DM 90,- für das erste,
DM 25,- für jedes weitere Exemplar

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG